«*Alte Freyheit*»: Engelberg und das Benediktinerkloster, um 1900.

Geschichte

Ständiger Unruheherd

Vor zweihundert Jahren musste Nidwalden Engelberg an Obwalden abtreten. Nur unter Druck stimmen die Nidwaldner dem Bundesvertrag von 1815 zu. *Von Peter Keller*

Wer nach Engelberg und auf den Titlis will, muss vorher ganz Nidwalden durchqueren. Obwohl der international bekannte Tourismusort zu Obwalden gehört, verbindet ihn keine gemeinsame Grenze mit seinem Heimatkanton. Eine geografische Anomalie, die mit handfesten Konflikten zu tun hat: Vor zweihundert Jahren wurde die ehemalige Abtei Engelberg endgültig Obwalden zugeschlagen. Die bereits aufgegleiste Fusion mit dem natürlichen Nachbarn Nidwalden scheiterte grandios. Vorausgegangen war ein Wechselspiel von Beleidigungen, Kämpfen und Trötzeleien.

Bis 1798 herrschte über Engelberg der Abt, die Benediktiner stellten das geistliche und weltliche Oberhaupt der Talschaft. Dann kamen die Franzosen. Wie ein morsches Dominospiel kracht Ende des 18. Jahrhunderts die alte Eidgenossenschaft zusammen. Die Orte sind unfähig, einander zu Hilfe zu eilen – vor allem auch deswegen, weil sich weite Teile der Bevölkerung und die Führungsschicht voneinander entfremdet hatten.

> Es folgt eines der grausamsten Massaker der Schweizer Geschichte überhaupt.

Nach Vorgaben Frankreichs wird die Helvetische Republik errichtet. Die kantonale Selbstbestimmung muss einem zentralistischen Staat weichen, an dessen Spitze eine nationale Regierung (Direktorium) und ein nationales Parlament stehen. Und die Innerschweiz? Aus Zug, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden wird der Kanton Waldstätte gebastelt. Nicht ohne Hintergedanken: Man will so die Stimmkraft jener Orte schwächen, die der neuen Republik ablehnend gegenüberstehen.

Nun sollen die rebellisch gesinnten Bauern auch noch einen Bürgereid leisten. Nidwalden verweigert sich. Die einflussreiche Geistlichkeit macht erfolgreich Stimmung gegen die – ihrer Meinung nach – gottlose Verfassung. Am 29. August 1798 lehnt die Landsgemeinde die Helvetik und damit auch den Eintritt zum Kanton Waldstätte ab. Während die Franzosen in

Bild: Ullstein-Bild

anderen Gebieten als Freiheitsboten begrüsst wurden, sehen die Nidwaldner in ihnen Feinde ihrer Selbstbestimmung.

Die militärische Strafaktion lässt nicht lange auf sich warten. Das Direktorium holt Hilfe bei General von Schauenburg, einem Elsässer in Frankreichs Diensten. Schwyz kapituliert sofort, während sich Nidwalden unter einer Art Oberkommando des Kapuzinerpaters Paul Styger der französischen Armee entgegenwirft. Am 9. September marschiert Schauenburg schliesslich mit rund 10 000 Mann in das Ländchen ein. Was folgt, ist eines der grausamsten Massaker der Schweizer Geschichte überhaupt. Über 400 Tote, darunter Frauen und Kinder, sind zu beklagen. Kirchen, Kapellen und rund 600 Gebäude werden zerstört. Engelberg kommt glimpflich davon. Die Talleute waren den bedrängten Nidwaldnern nicht zu Hilfe geeilt, was das Klima zwischen den beiden Gemeinschaften noch prägen sollte.

Gleichwertige Bürger

Der neue Zentralstaat bleibt allerdings ein fremdes, ungeliebtes Konstrukt. 1803 kommt Napoleon den Schweizern mit einer Verfassungsänderung, der Mediationsakte, entgegen. Eher unfreiwillig: Die Eidgenossenschaft ist ein ständiger Unruheherd. Nun erhalten die früheren Kantone ihre Souveränität zurück. Aber nicht alles wird rückgängig gemacht. Aus ehemaligen Untertanengebieten und zugewandten Orten entstehen sechs neue Kantone: St. Gallen, Aargau, Thurgau, Graubünden, Tessin und die Waadt.

Auch in Engelberg wird die alte Herrschaft nicht einfach wiederhergestellt. Die Mediationsakte hält fest, dass Engelberg «Unterwalden nid dem Wald einverleibt» bleibe. Und es folgt ein Zusatz, der entscheidend sein wird für die späteren Querelen: «Zwischen den Bürgern von Engelberg und denen des alten Kantons besteht kein Unterschied.» Mit anderen Worten: Nidwalden hat die Engelberger als gleichwertige Bürger zu behandeln. Was vorerst auch geschieht.

Nach dem Russlandfeldzug beginnt Napoleons Stern und damit auch seine Herrschaft rasch zu sinken. Schon im Januar 1814 versammelt sich in Nidwalden die Landsgemeinde und stellt die Zustände vor 1798 wieder her «nach den Grundsätzen der alten Freyheit». Kurz darauf tagt erstmals wieder der Landrat. Als die Engelberger Ratsherren zur Sitzung erscheinen, erhebt sich Obervogt Remigi Zelger und verlangt deren Entfernung. Schliesslich habe die Landsgemeinde – neuerdings wieder das oberste Organ – noch nicht über den provisorischen Anschluss Engelbergs verhandelt, und nach der wiederhergestellten Verfassung gehöre Engelberg nicht zu Nidwalden.

Der Engelberger Gemeindeammann und Ratsherr Josef Eugen Müller stand sofort auf, legte seinen schwarzen Mantel ab und verliess mit seinen Kollegen den Saal. Im Landrat erhob sich ein Tumult, und die Mehrheit beschloss, die Herausbeförderten unverzüglich wieder hereinzurufen. Doch die Beleidigung sass zu tief: Müller, zuvor ein entschiedener Gegner der Autonomie, wurde zum erbittertsten Gegner Nidwaldens.

Rückblickend hatte Obervogt Zelger – streng rechtlich gesehen – nicht unrecht. Nur ging es ihm vor allem darum, die eher bundesfreundlich gestimmten Engelberger politisch auszusperren. Er und seine strikt auf Eigenständigkeit gesinnten Mitstreiter fürchteten, im Kanton würde sich sonst eine Mehrheit für den Bundesvertrag ergeben, den die Tagsatzung in Zürich gerade auszuhecken drohte. Dafür hatte man doch nicht den Blutzoll von 1798 geleistet und sich gegen die französische Besatzung aufgelehnt, um die eigene Unabhängigkeit gleich wieder an die Zentralgewalt abzugeben.

Keine gemeinsame Grenze mit dem Heimatkanton.

Nun ist bereits Frühling 1815. Noch immer berät und verhandelt die Tagsatzung in Zürich über die Zukunft der Eidgenossenschaft, noch immer herrscht keine Einigung über die Ausgestaltung des Bundesvertrags, noch immer gibt Nidwalden keinen Millimeter nach. Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Am 24. April wird im Landrat die Frage erörtert, ob man der bevorstehenden Landsgemeinde nicht zunächst den Antrag unterbreiten solle, abzuklären, ob die Engelberger überhaupt stimmberechtigt seien oder nicht. Wiederum fürchten sich die Separatisten vor einer drohenden Mehrheit für den Bundesvertrag. Die gezielte Grobheit erfüllt ihren Zweck. «Wenn Nidwalden dem allgemeinen Bund nicht beytretten will, wird sich Engelberg für getrennt halten und für sich selbst sorgen», wird im Klosterdorf protokolliert.

Schliesslich nimmt Engelberg den Bundesvertrag an. Die Tagsatzung schmeichelt, lockt, droht: Wenn Nidwalden ausserhalb des Bundes bleibe, so werde Obwalden «als der unter dem Namen Unterwalden bestehende dritte Urkanton mit Sitz und Stimme in der Tagsatzung

> Dafür hatte man sich doch nicht gegen die französische Besatzung aufgelehnt!

fortdauernd anerkannt». Und selbstverständlich werde dann auch Engelberg, das «an den Verirrungen Nidwaldens keinen Theil genommen», zu Obwalden übergehen.

Das ganze Zureden nützt nichts. Nidwalden bleibt bei seiner Haltung: Man werde keinem Vertrag zustimmen, der die Kantonssouveränität in irgendeiner Form schmälere. Die Tagsatzung zieht endgültig die Reissleine und schliesst Nidwalden offiziell aus dem Schweizerbund aus, auch «von den Vortheilen im Handel und Verkehr». Zu den wirtschaftlichen Sanktionen kommen die territorialen Konsequenzen: Engelberg wird Obwalden zugeschlagen. Schliesslich enthält der Tagsatzungsbeschluss noch einen politischen Sprengsatz: «In Beherzigung der bedauerlichen Lage mehrerer eidgenössisch gesinnter Gemeinden Nidwaldens», heisst es weiter, «trägt die Tagsatzung ihrer Commission auf, sich über die Mittel beförderlich zu berathen, wie solchen Gemeinden von Seiten der Eidgenossenschaft kräftiger Schutz verschafft werden könne.» Mit anderen Worten: Die Tagsatzung ruft indirekt zur Abspaltung auf.

Bürgerkrieg droht

Namentlich in Hergiswil sind diese Pläne weit gediehen. Ein Bürgerkrieg droht. Dann geht es schnell: Am 17. August landen eidgenössische Invasionstruppen in Stansstad und marschieren gegen den Hauptort vor. Der Landrat wird aufgelöst, die Bauern entwaffnet. Eine Woche darauf stimmt die Landsgemeinde mit grossem Mehr dem Bundesvertrag zu. Nidwalden kommt glimpflich davon. Die verlorenen Tellensöhne werden wieder im Bund aufgenommen und dürfen künftig sogar als gleichberechtigte Vertretung Unterwaldens auftreten. Dafür verbleibt Engelberg bei Obwalden – seit nunmehr 200 Jahren.

Der bearbeitete Text erscheint in: «200 Jahre Engelberg bei Obwalden», hrsg. v. Nicolas Disch. Buchvernissage, 5. Dezember 2014, Kursaal Engelberg.